

Zwischenergebnisse aus dem Projekt NinKa – Netzwerke für den inklusiven Kinderschutz gestalten

Stand: 01.09.2026



Gefördert mit Mitteln der Sozial- und
Kulturstiftung des Landschaftsverbandes
Rheinland - LVR- Landesjugendamt

Im ersten Projektjahr des NinKa-Projekts (01.09.2025 bis 31.08.2026) erfolgte im Rahmen von Arbeitspaket 1 die Bestandsaufnahme zur Identifikation bestehender gelingender Strukturen, aktueller Entwicklungsthemen sowie Versorgungslücken in der Modellregion (Kreis Kleve). Nachfolgend werden das methodische Vorgehen und erste Ergebnisse der Bestandsaufnahme dargestellt.

Methodisches Vorgehen bei der Bestandsaufnahme

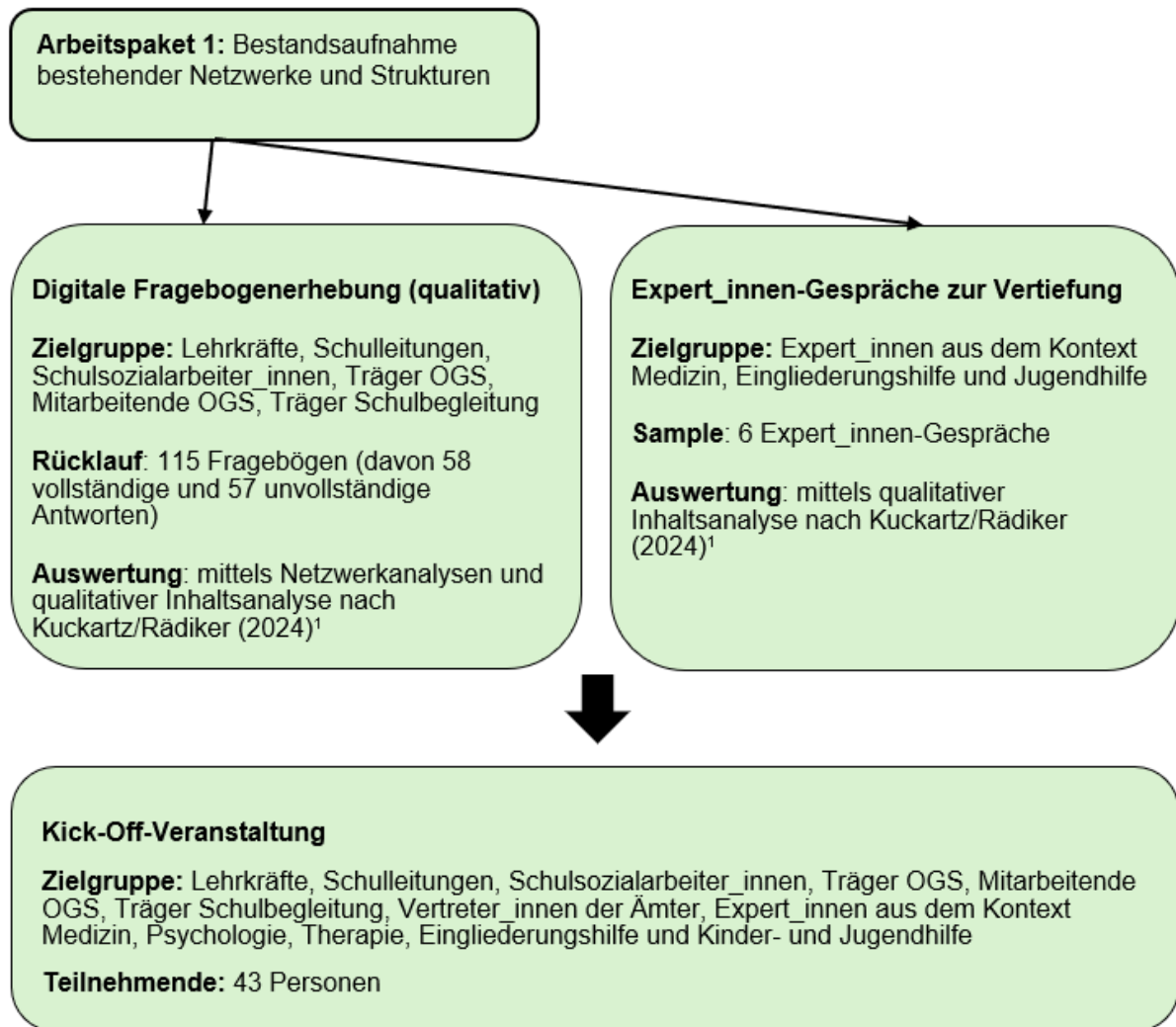


Abbildung 1: Methodisches Vorgehen bei der Bestandsaufnahme im NinKa-Projekt

¹Kuckartz, U.; Rädiker, S. (2024): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz. Weinheim u.a.: Beltz Juventa.

Ergebnisse der Bestandsaufnahme

Durch die Auswertung der erhobenen Daten der digitalen Fragebogenerhebung und der Expert_innen-Gespräche konnten erste Erkenntnisse zum inklusiven Kinderschutz im Kontext (inklusive) ganztägiger Bildungseinrichtungen in der ländlichen Modellregion gewonnen werden.

(1) Kinder mit Behinderung sind vielfach unsichtbar im Kinderschutz

Es gibt bisher wenig Erfahrungen in der ländlichen Modellregion mit Kinderschutzfällen von jungen Menschen mit Behinderung.

Die fehlende Erfahrung spiegelt sich in den Fallzahlen von den befragten ganztägigen Bildungseinrichtungen wider:

Gab es in den letzten vier Jahren in Ihrer Einrichtung einen Kinderschutzfall, in dem ein junger Mensch mit Behinderung betroffen war?		
Antwort	Anzahl	Prozent
ja (AO01)	4	6.90%
nein (AO02)	38	65.52%
ich weiß nicht (AO03)	16	27.59%
Keine Antwort	0	0.00%
Nicht gezeigt	0	0.00%

Abbildung 2: Kinderschutzfälle in ganztägigen Bildungseinrichtungen in den letzten 4 Jahren in der Modellregion (Quelle: NinKa 2026)

Von 58 Befragten geben vier Personen an, dass es in den letzten vier Jahren in der eigenen Einrichtung einen Kinderschutzfall gab, in dem ein junger Mensch mit Behinderung betroffen war.

(2) Bedarfe und Versorgungslücken im inklusiven Kinderschutz in einer ländlichen Modellregion

Sowohl in der Fragebogenerhebung als auch in den Expert_innen-Gesprächen konnten verschiedene Bedarfe und Versorgungslücken im inklusiven Kinderschutz identifiziert werden. Am häufigsten wird von den Befragten der Bedarf an Informationen, Wissen und Aufklärung zum Schutz von Kindern mit Behinderung benannt. Personelle Ressourcen werden vor allem in den Fragebogen-Daten als

Bedarf deutlich. In den Expert_innen-Gesprächen wird hingegen vielfach betont, dass Versorgungslücken bei Ferienmaßnahmen und Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung bestehen und Kooperation und Vernetzung ausgebaut werden sollten.

Im Rahmen der Fragebogenerhebung wurden nachfolgende Bedarfe im inklusiven Kinderschutz benannt:

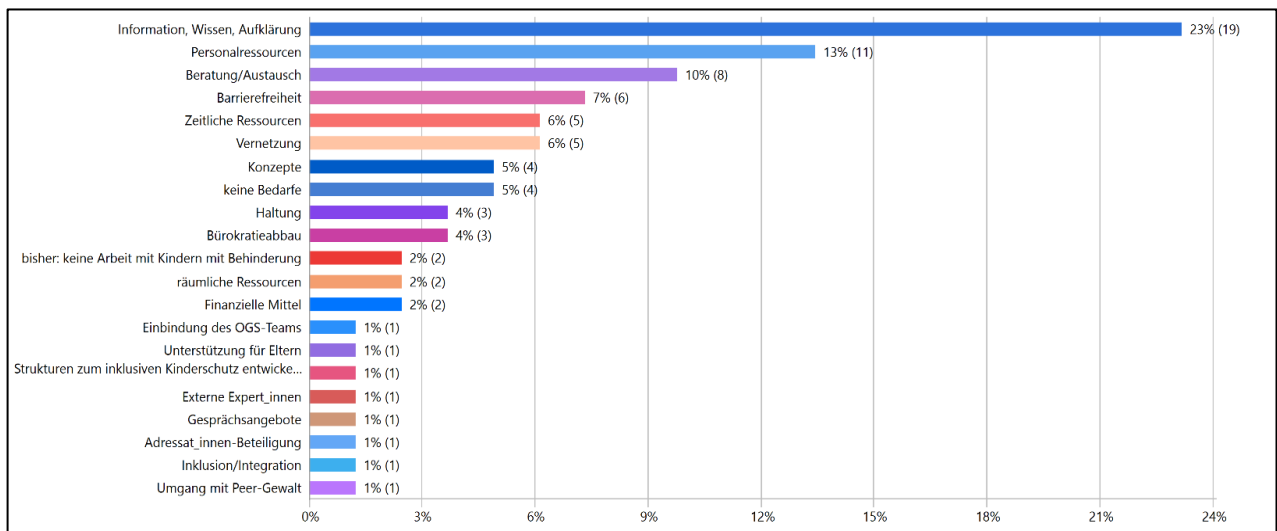


Abbildung 3: Umfrage zur Identifikation bestehender gelingender Strukturen, aktueller Entwicklungsthemen sowie Versorgungslücken (Quelle: NinKa 2026)

Ausgewählte Bedarfe werden exemplarisch ausführlicher dargestellt und um die Hinweise aus den Expert_innen-Gesprächen ergänzt.

Bedarf an Information, Wissen, Aufklärung

Es besteht ein Bedarf an Information, Wissen und Aufklärung. Befragte nannten wiederholt fehlendes Erfahrungswissen und fehlende Fachkompetenzen im inklusiven Kinderschutz, die sie bei sich selbst, aber auch bei anderen Akteuren im Feld wahrnehmen. Neben dem Wunsch nach Weiterbildung und Aufklärung zum Kinderschutz von Kindern mit Behinderung wurde der Wunsch nach einer Einzelperson, die als Expert_in mit Spezialwissen für den inklusiven Kinderschutz zuständig ist, mehrfach benannt.

- Im Rahmen der Fragebogenerhebung geben 16 von 58 Befragten an, mehr Information, Wissen und Aufklärung zu benötigen.
- Es wird deutlich, dass die Lebenswelt von jungen Menschen mit Behinderung den Akteuren außerhalb des Tätigkeitfeldes der Eingliederungshilfe vielfach unbekannt ist.

- „Es wäre super, wenn Programme entwickelt werden könnten, die von externen Experten begleitet und durchgeführt werden.“ (TL22, Z. 12)
- Durch den Wunsch nach Expert_innen mit Spezialwissen wird diesen Einzelpersonen eine ausgeprägte Kompetenz zugeschrieben. Gleichzeitig wird deutlich, dass Wissen über eigene Kompetenzen und die Kompetenzen anderer Akteure im Feld fehlt.

Umgang mit Unsicherheit

In den Expert_innen-Gesprächen wird von Unsicherheit beim Kinderschutz von Kindern mit Behinderung berichtet. Es lässt sich die Hypothese diskutieren, ob es sich um eine kollektive Verunsicherung der Akteure im inklusiven Kinderschutz handelt. Im Bereich ganztägiger Bildungseinrichtungen besteht ein Bedarf an Aufklärung, fachlicher Aus- und Weiterbildung und Wissen um Ansprechpersonen. Bisherige Konzepte und Strukturen scheinen noch nicht überall ausreichend Sicherheit für den Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung zu bieten. Eine befragte Person äußert sich dazu: „Bei Kinderschutzfragen wird viel Verunsicherung erlebt, sobald es um ein Kind mit Behinderung geht.“ (TL65, Z. 23-24)

Bedarf an Personalressourcen

Fehlende personelle Ressourcen und Zeitdefizite in Schule und offenem Ganztags erschweren die Kooperation. Es wird benannt, dass vor allem in ländlichen Regionen Schulsozialarbeiter_innen fehlen. Unsichere Stellenverhältnisse beeinflussen die Zusammenarbeit und Kontinuität. Nachfolgende Zitate verdeutlichen den Bedarf:

- „Mehr Personal in allen Klassen, volle Stelle Schulsozialarbeit.“ (TL9, Z. 8)
- „Mehr Ressourcen und Personal zur kontinuierlichen Förderung und regelmäßigem Beziehungsaufbau mit den Kindern (Prävention).“ (TL30, Z. 14)
- „[Es] fehlt häufig Personal oder Zeit, Konflikte qualitativ aufzuarbeiten.“ (TL3, Z. 8)

Bedarf an Beratung und Austausch

Personal an ganztägigen Bildungseinrichtungen äußert den Wunsch nach regelmäßigem Austausch und Beratung im Kinderschutz. Es werden fehlende Beratungsmöglichkeiten wie lokale Fachberatungsstellen bemängelt. Auch Akteure aus der Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendhilfe sowie Medizin betonen die

Bedeutsamkeit von Austausch und Beratungsmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderung in der Modellregion. Die Befragten äußern sich dazu unter anderem wie folgt:

- „Offene Möglichkeiten zur Information/ Austausch (digital, vor Ort).“ (TL31, Z. 19)
- „Mehr lokale Fachberatungsstellen [...], auf die man zum Beispiel auch für die Unterrichtsvorbereitung/Sensibilisierung zurückgreifen kann.“ (TL58, Z. 11)
- „Im Kreis gibt es wenig niedrigschwellige und öffentliche Angebote bezüglich Präventionsthemen für junge Menschen mit Behinderung.“ (TL61, Z. 86-87)
- „Es besteht der Bedarf, sich gemeinsam zu dem Thema besser auszutauschen. Dazu benötigt [man] ein Basiswissen, (eigene) Stereotype und Vorurteile sind zu reflektieren und es ist eine gemeinsame Haltung zu entwickeln.“ (TL63, Z. 122-127)

(3)Bestehende Netzwerkstrukturen und Lücken in der ländlichen Modellregion

Im NinKa-Projekt wurde im Rahmen der Bestandsanalyse unter anderem erhoben, welche Netzwerkstrukturen zum inklusiven Kinderschutz im Kreis Kleve bestehen und welche konkreten Akteure relevant sind, um inklusiven Kinderschutz im Kontext ganztägiger Bildungseinrichtungen zu gestalten.

Bisher gibt es kein Netzwerk zum inkluisiven Kinderschutz

Hinsichtlich der bereits bestehenden Netzwerkstrukturen in der Modellregion wurde deutlich, dass Netzwerke und Arbeitsgruppen allgemein zum Kinderschutz oder für das Themenfeld der Inklusion existieren. Explizit zum inklusiven Kinderschutz gibt es bisher kein Netzwerk.

Besonders interessant war das Ergebnis, dass pro Gemeinde oder Stadt jeweils eigene Netzwerkstrukturen bestehen. Im Vergleich der städtischen und ländlichen Regionen im Kreis Kleve wurde deutlich, dass sowohl aus städtischen als auch aus ländlichen Regionen Akteure bereits in unterschiedlichen Netzwerken und Arbeitskreisen aktiv sind. Dieses Ergebnis ist für das NinKa-Projekt insofern besonders relevant, da Netzwerkarbeit bereits sehr präsent ist, Ressourcen dafür verteilt und Doppelstrukturen im Blick sein müssen.

Ergebnisse der Netzwerkanalysen

Zu den Daten der Fragebogenerhebung wurden zusätzlich Netzwerkkarten und -bilder erstellt, die zur Analyse der bestehenden Strukturen genutzt wurden.

Die vorgenommenen Netzwerkanalysen lieferten folgende Erkenntnisse:

- Die Anzahl der benannten Kooperationspartner_innen und bekannten Akteure unterscheidet sich erheblich bei den ganztägigen Bildungseinrichtungen, die an der Befragung teilgenommen haben.
Dabei fällt auf, dass mehrere, unabhängig voneinander befragte Personen einer ganztägigen Bildungseinrichtung unterschiedliche Kooperationspartner_innen und Akteure benennen. Eine Hypothese hierzu lautet, dass es sich vielfach eher um personengebundene und weniger um institutionalisierte Kooperationen handelt.
- Oft sind Akteure ganztägigen Bildungseinrichtungen durchaus bekannt, Kooperationen jedoch noch nicht etabliert.
- Bei bestehenden Kooperationen mit ganztägigen Bildungseinrichtungen handelt es sich häufig um lokale Kooperationen.
- Es werden von den Akteuren der ganztägigen Bildungseinrichtungen oftmals die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege benannt, die in der Modellregion vertreten sind und Leistungen im gesamten Kreis anbieten.
- Die Daten legen nahe, dass in ländlichen Regionen des Kreises bereits mehr Kooperationen als in Städten bestehen.
- Bisher gibt es kein Netzwerk, in dem explizit inklusiver Kinderschutz bearbeitet wird. Das interkommunale Netzwerk Kinderschutz nach §9 Landeskinderschutzgesetz ist vielen Akteuren bekannt.
- Besonders im Süden der Modellregion werden von den Befragten keine Kooperationspartner_innen benannt. Dies führt zu der Frage, ob Lücken in der Angebotslandschaft des Kreises bestehen.